Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4953

17. 07. 89

Sachgebiet 22

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Schmidt (Salzgitter), Duve, Andres, Becker-Inglau, Bernrath, Dr. Böhme (Unna), Büchner (Speyer), Conradi, Egert, Hämmerle, Ibrügger, Dr. Klejdzinski, Kretkowski, Müller (Düsseldorf), Dr. Niehuis, Odendahl, Dr. Penner, Schmidt (Nürnberg), Sielaff, Dr. Soell, Toetemeyer, Wartenberg (Berlin), Weiler, Weisskirchen (Wiesloch), Weyel, Wiefelspütz, Adler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Kinder und Kultur

Der rasche Wandel der technisch-industriellen Umwelt, der Werthaltungen und Lebensformen verstärkt die Bedeutung von Kunst und Kultur für die moderne Gesellschaft. Dem tragen zunehmend die politischen Kräfte Rechnung. So heißt es im Leitantrag zur Kulturpolitik der SPD: „Kunst und Kultur sind Ausdruck des schöpferischen Reichtums unserer Gesellschaft. Erst der öffentliche Zugang und die Möglichkeiten aller Menschen, am Kulturgeschehen teilzunehmen, lassen das kulturelle Erbe der Vergangenheit und die Leistungen der Gegenwart lebendig und für die Zukunft fruchtbar werden."

Auch die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung vom 18. März 1987 der Kultur einen besonderen Platz zugewiesen: Der Kultur komme, so heißt es, eine Schlüsselrolle zu, um die „Spannung zwischen Kontinuität und Fortschritt, Tradition und Moderne" wahrzunehmen und auszuhalten. Denn Kultur gibt nicht nur Auskunft darüber, wie der heutige Mensch lebt und arbeitet. Kultur ist ebenso Freiraum und Chance für andere Lebensentwürfe in einer Welt von morgen.

Die Grundsteine für die Art und Weise, wie Menschen Kultur wahrnehmen, begreifen, nutzen und aktiv gestalten, werden in der Kindheit gelegt. Wird während der Kindheit der Zugang und der aktive Umgang mit Kultur in allen ihren Ausprägungen nicht ermöglicht, verhindert oder versäumt, erschwert dies Jugendlichen und Erwachsenen die nötige Empfindungs- und Wahrnehmungsfähigkeit für die eigene Wirklichkeit, für die geistigen Strömungen der Zeit, es vermindert die Kraft für neue Zukunftsentwürfe.

Die Aufgabe, zu aktivem Umgang mit Kultur zu erziehen, bewältigen die Familien nicht allein. Die Öffentlichkeit, auch die Medien „erziehen" in immer stärkerem Maße mit. Deshalb muß auch das

Gemeinwesen, müssen die Kommunen, die Länder und der Bund, entsprechend ihrer unterschiedlichen Möglichkeiten, den Familien zur Seite stehen.

Viele Städte leisten seit Jahren Beispielhaftes auf dem Gebiet der Kulturarbeit für Kinder und mit Kindern. Doch läßt sich heute feststellen: Angesichts stagnierender oder sogar gekürzter Kulturetats der Gemeinden wächst die Gefahr, daß die Rolle der Kinder als Kulturträger von morgen übersehen wird. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit trägt dazu bei, daß eine zunehmende Anzahl von Kindern in ihren Möglichkeiten eingeschränkt wird, künstlerische Fähigkeiten zu entwickeln oder zu entdecken.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

I. Allgemein

1. Welche Mittel gibt die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt direkt oder indirekt für Maßnahmen der Kulturarbeit mit Kindern und für Kinder aus?
2. Welche Maßnahmen und Modelle fördert die Bundesregierung gegenwärtig auf dem Gebiet der Kulturarbeit mit Kindern und für Kinder?
3. Welche Ressorts der Bundesregierung tragen die Verantwortung für den Bereich der Kulturarbeit mit Kindern und für Kinder?
4. Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland für alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere für Kinder, auch auf dem Gebiet der Kultur gewahrt ist?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtigen Anstrengungen, Kindern und Jugendlichen in den Schulen den direkten Zugang zu musisch-künstlerischen Angeboten und die Vermittlung kultureller Techniken zu erleichtern?
6. Gedenkt die Bundesregierung, die Kulturarbeit für und mit Kindern im schulischen und außerschulischen Bereich stärker als bisher in der Bildungsgesamtplanung zu berücksichtigen?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, durch einen Ausbau der Förderung der Bundesakademien für kulturelle Bildung (Remscheid, Trossingen, Wolfenbüttel) dafür zu sorgen, daß diese Akademien besonders die Weiterbildung pflegen, um die Kinderkulturarbeit verstärken zu können?
8. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, bei einer eventuellen Fortsetzung des Förderprogramms „Bildung und Kultur" des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft Schwerpunkte auf dem Gebiet der Kinderkulturarbeit zu bilden?
9. Welche Verbesserungs- und Förderungsmöglichkeiten im Sinne der Fragen 4 bis 8 sieht die Bundesregierung für die Kinder von Ausländern, Aussiedlern und Asylbewerbern, und welche Maßnahmen gedenkt sie in diesem Zusammenhang zu ergreifen?

II. Museum und Theater

1. Hält die Bundesregierung den Standard der heutigen Museums- und Theaterpädagogik für ausreichend?

2. Reicht nach Auffassung der Bundesregierung der derzeitige Stand der Aus- bzw. Weiterbildung der Museums- und Theaterpädagogen und -pädagoginnen für die zukünftigen Aufgaben aus?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen nach einer speziellen Kindertheaterförderung?

4. Wie werden nach Kenntnis der Bundesregierung die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder von Ausländern, Aussiedlern und Asylbewerbern im Rahmen der Kulturarbeit mit Kindern und für Kinder in Museen und Theatern berücksichtigt?

III. Musik

1. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen, in absehbarer Zeit die musikalische Jugendbildung sachlich und personell auszubauen?

2. Welche Modellvorhaben, die sich mit der Musikerziehung von Kindern befassen, fördert die Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt, und will sie ihre Bemühungen ausbauen?

3. Gibt es für ausländische Kinder besondere Programme zur Musikerziehung?

4. Wie stellt sich die Musikschulförderung im Ländervergleich dar?

IV. Fernsehen, Radio und Film

1. Beabsichtigt die Bundesregierung unter Berücksichtigung jüngster Forschungsergebnisse, nach denen Kinder in verkabelten Haushalten weit mehr fernsehen als andere Kinder, eine gezielte Aufklärungsarbeit bei den Eltern über Gefahren des hohen Fernsehkonsums? Wird es diese Aufklärungsarbeit auch für ausländische Eltern geben?

2. Sieht die Bundesregierung ein Problem in der Entwicklung, daß zunehmend Kinder sowohl als Objekte aber auch als Subjekte von Medien relativ schutzlos sind, und daß diese Tendenz sich zunehmend auch auf die Jüngsten erstreckt („niedliche" Babies)?

3. Hält die Bundesregierung die Bestimmungen des Kinder- und Jugendschutzes angesichts der Medien und ihrer Programmvielfalt für ausreichend?

4. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von Sachverständigen, daß die Bedeutung der Hörmedien für Kinder noch zu wenig untersucht ist, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Forderung, Untersuchungen über die Radionutzung von Kindern und den Kinderfunk zu vergeben?

5. Beabsichtigt die Bundesregierung, die bestehenden Filmförderungs-Richtlinien auf die speziellen Besonderheiten des Kinderfilms (andere Produktionsbedingungen, langfristigere Amortisationen etc.) hin auszuwerten bzw. neuzufassen?

6. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen nach der Errichtung von Modellprojekten, in denen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu Radioproduktionen und audiovisuellen Eigenproduktionen geboten wird?

7. Welche Mittel stellt die Bundesregierung zur Zeit für die Produktion von Kinder- und Jugendfilmen zur Verfügung?

8. Fördert die Bundesregierung auch Abspieleinrichtungen für Kinderfilme wie beispielsweise Kinderkinos?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen, diese Mittel im Rahmen der kulturellen Filmförderung zu erhöhen und diese auch bei der Förderung von Verleih- und Abspielmodellen verstärkt zu berücksichtigen?

10. Wie beurteilt die Bundesregierung Forderungen, Mittel für ein Forschungsvorhaben über die Geschichte des deutschen Kinderfilms und für eine zentrale Dokumentations- und Archivierungsstelle für den Kinder- und Jugendfilm bereitzustellen?

V. Computer

1. Sieht die Bundesregierung in der wachsenden Bedeutung der Computer für Kinder eine Gefahr, und falls ja, welche Möglichkeiten sieht sie, dem zu begegnen?

2. Mit welchen politischen und strafrechtlichen Maßnahmen wird die Bundesregierung gegen faschistische Computerspiele vorgehen, um Kinder vor deren Gefahren zu schützen?

VI. Sprach-, Schrift- und Leseförderung

1. Wie kann nach Auffassung der Bundesregierung das öffentliche Erziehungswesen die Mehrsprachigkeit von Kindern besonders fördern?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, Maßnahmen und Initiativen zur Intensivierung der Leseerziehung/Leseförderung, wie sie zur Zeit im Rahmen eines Bund-Länder-Projekts gemeinsam mit dem Bildungsministerium Schleswig-Holstein durchgeführt werden, auch auf das übrige Bundesgebiet auszudehnen?

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, das Hamburger Pilotprojekt „Kreatives Schreiben" fortzuführen, und ihre Aktivitäten hinsichtlich der Schreibförderung von Kindern auszubauen?

4. Beabsichtigt die Bundesregierung eine verstärkte Aufklärungs- und Motivierungsarbeit bei Eltern zu betreiben, die auf die große Bedeutung des Buches und des Lesens für die Bildung der Sprache und die allgemeine Entwicklung der Kinder abzielt?

5. Welche Modellversuche hat die Bundesregierung unterstützt, die sich mit der Medien- und Leseerziehung im Kindergarten befassen?

6. Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die weiterhin angespannte finanzielle Lage der Kommunen zu sinkenden Etats der öffentlichen Bibliotheken führt, dies sich nachteilig auf die Leseförderung von Kindern auswirkt und somit besonders sozial schwache oder kinderreiche Familien benachteiligt werden?

7. Welche Maßnahmen zur Sprach-, Schrift- und Leseförderung ausländischer Kinder hat die Bundesregierung bisher initiiert, und wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung, diese auszubauen?

VII. Bewahrung kultureller Traditionen

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung entwickelt, um den Kindern ausländischer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bzw. den Kindern von Aussiedlern und Aussiedlerinnen die Bewahrung ihres eigenen Kulturerbes und die fruchtbare Auseinandersetzung mit der Vielfalt der bundesdeutschen Kultur zu ermöglichen? Gibt es bereits Projekte, und welche Organisationen sind mit ihnen befaßt?

Bonn, den 17. Juli 1989

Schmidt (Salzgitter)
Duve
Andres
Becker-Inglau
Bernrath
Dr. Böhme (Unna)
Büchner (Speyer)
Conradi
Egert
Hämmerle
Ibrügger
Dr. Klejdzinski
Kretkowski
Müller (Düsseldorf)
Dr. Niehuis
Odendahl
Dr. Penner
Schmidt (Nürnberg)
Sielaff
Dr. Soell
Toetemeyer
Wartenberg (Berlin)
Weiler
Weisskirchen (Wiesloch)
Weyel
Wiefelspütz
Adler
Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 231967
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333